

Klimaschutz jetzt! Sozial gerecht!

Beschluss 10. Landesparteitag 11. – 12. November 2017

Der Klimawandel ist die größte soziale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Wir steuern derzeit auf eine globale Erwärmung von 3-4° C bis 2100 zu – das bedeutet nie dagewesene Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem die Armen.

Der Neoliberalismus mit entfesselten globalisierten Märkten heizt den Klimawandel an. Ohne einen grundlegenden Wandel unserer Wirtschaftsweise ist das Klima nicht zu retten. Im Pariser Klimaabkommen von Dezember 2015 haben fast 200 Länder beschlossen, den weltweiten Temperaturanstieg auf „weit unter 2° C“ zu begrenzen. Echter Klimaschutz im Einklang mit dem Abkommen von Paris und der Agenda 2030 erfordert einen grundlegenden sozial-ökologischen und demokratischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Umbau ist eine einzigartige Chance, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Der Integrierte Klimaschutzplan der schwarz-grünen hessischen Landesregierung beruht auf einer fragwürdigen CO₂-Bilanz, ist weder rechtlich verbindlich, noch wird er die Zielmarken des Klimaabkommens von Paris erreichen. Wir sagen klar: Klimaschutz ist keine Frage des technisch Machbaren, sondern des politischen Willens. Auch Hessen muss seinen Beitrag leisten. Deshalb fordert DIE LINKE ein rechtsverbindliches hessisches Klimaschutzgesetz mit konkreten Maßnahmen, durch das die Hessen zuzuordnenden CO₂-Emissionen ab sofort jedes Jahr um drei Prozent gesenkt werden, um so bis zum Jahr 2040 eine Senkung von mehr als 90 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. Hierfür brauchen wir jetzt eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende:

Energiewende: Millionen statt vier

Am klimafreundlichsten ist die Kilowattstunde, die erst gar nicht bereitgestellt werden muss. Effizienzpolitik braucht neben Fördermitteln klare gesetzliche Vorgaben für den Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten.

- Schluss mit dem Energiemonopol der großen Vier! Energie gehört in öffentliche Hand. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss umgebaut oder durch eine neue Energiegesetzgebung abgelöst werden: Kommunen, Stadtwerke und Energiegenossenschaften müssen einen mindestens gleichberechtigten Zugang zum Ausbau der erneuerbaren Energien erhalten.
- Förderung von Energiegenossenschaften und Mieterstrom-Modellen. Eigenstromverbrauch muss möglich sein. Auf alle öffentlichen Dächer gehören Bürgersolaranlagen. Hauseigentümer*innen werden bei Neubau, Heizungserneuerungen und Gebäudeerweiterungen zur Nutzung regenerativer Energien verpflichtet und bei der Realisierung unterstützt.
- Windkraft gehört in Bürger*innenhand. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks beteiligt werden. Der Landesbetrieb Hessenforst überlässt den Kommunen für Windkraftanlagen geeignete Flächen pachtfrei. So funktioniert ein Ausbau der Windenergie auf 3000 Anlagen in Hessen (28 TWh).

- Ausstieg aus der Kohleverbrennung bei Staudinger&Co. bis 2025. Die Arbeitgeber müssen frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Arbeitnehmer*innen sozial abgesichert werden.
- Strom gehört auch im privaten Haushalt zur Lebensgrundlage, deshalb darf es keine Stromabschaltung mehr geben. Stromanbieter müssen ein soziales Tarifmodell mit ökologischer Lenkungswirkung umsetzen: Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden.
- Senkung des Wärmebedarfs durch Modernisierung von Gebäuden mit dem Ziel einer Halbierung bis zum Jahr 2050. Nach energetischer Modernisierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein als Mieter*innen an Heizkosten sparen. Neubauten dürfen nur noch im Passivhausstandard errichtet werden. Hauseigentümer*innen werden bei der Realisierung unterstützt.
- Abschaffung der Stromsteuer auf Bundesebene. Wer fossile Brennstoffe wie Öl und Gas aus dem Ausland importiert oder in Deutschland fördert, muss eine CO₂-Steuer zahlen. Die Einnahmen dieser Steuer werden zu einem Drittel für Klimaschutzmaßnahmen verwandt, zwei Drittel an die Bürger*innen rückverteilt. Die Rückverteilung der Einnahmen und die Abschaffung der Stromsteuer entlasten Verbraucher*innen.

Verkehrswende: Mobilität für Alle mit weniger Verkehr

Ein Drittel des klimaschädlichen Treibhausgasausstoßes in Hessen stammt aus dem Verkehr. Seit Jahren steigen der Individualverkehr und mit ihm die Emissionen in Hessen. Um den Klimawandel aufzuhalten, brauchen wir eine Trendwende.

- Der ÖPNV muss konsequent ausgebaut werden, damit jede und jeder auch außerhalb der Städte ohne eigenes Auto mobil sein kann. Unser Ziel ist ein flächendeckender, gut getakteter, barrierefreier und solidarisch finanzierter Nulltarif.
- Der öffentliche Verkehr muss komplett auf emissionsfreie Antriebsmodelle umstellen. Hier haben kommunale Unternehmen und die örtliche Verwaltung eine Vorbildfunktion.
- Wir brauchen integrierte Mobilitätskonzepte: Radverkehr, motorisierter Verkehr und ÖPNV müssen optimal miteinander vernetzt werden. Wir fördern den Ausbau von Rad- und Fußverkehr und von Car- und Bike-Sharing.
- DIE LINKE. Hessen setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass ab 2030 nur noch Autos mit Null CO₂-Emissionen zugelassen werden. Verbrennungsmotoren müssen schnellstmöglich der Geschichte angehören.
- Innerdeutsche und innereuropäische Flüge müssen soweit wie möglich auf den Zugverkehr verlagert werden. Der klimaschädliche Dumpingwettbewerb im Luftverkehr muss ein Ende haben. Flüge müssen voll mehrwertsteuerpflichtig werden, Kerosin ist europaweit einheitlich zu besteuern. Der weitere Ausbau des Frankfurter Flughafen ist sofort zu beenden, die Zahl der Starts und Landungen muss wesentlich reduziert werden. Wir brauchen ein kooperatives

Entwicklungskonzept für die Flughäfen in Deutschland und Europa, um Überkapazitäten zu vermeiden. Der Flughafen Kassel-Calden wird zum Verkehrslandeplatz zurückgestuft.

- Verkehr und Verkehrsbelastung müssen reduziert werden. Transporte müssen auf die Schiene. Um die Innenstädte vom Lieferverkehr zu entlasten, müssen die Kommunen die Einrichtung von Mikro-Depots fördern. Von diesen anbieteroffenen Zwischenlagern aus können Pakete emissionsfrei per Lastenrad, Sackkarre etc. zugestellt werden.
- Zum Schutz von Mensch und Klima brauchen wir ein Tempolimit: 120 km/h auf allen hessischen Autobahnen und 100 km/h in allen Ballungsräumen.
- Der motorisierte Individualverkehr in Deutschland muss um ein Prozent pro Jahr zurückgehen.

Landwirtschaft: Wochenmarkt statt Weltmarkt

Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn wir weniger tierische Produkte herstellen und essen, werden wir die Klimaziele einhalten. Wir fordern:

- Gutes Essen für alle! Gemeinsam mit sozialen Bewegungen setzen wir uns für klimafreundlichen und gesunden Konsum ein (weniger Fleischkonsum, weniger Flugimporte, mehr lokaler Genuss).
- Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in Nordhessen unter Schwarz-Grün muss beendet werden. Sie bedeutet eine Verdreifachung der Mastplätze und damit einen sprunghaften Anstieg von klimaschädlichen Treibhausgasen.
- Eine verstärkte Förderung des klimafreundlicheren Ökolandbaus: 30 Prozent Ökolandbau bis 2025. Dumpingpreise in der Lebensmittelbranche müssen wir bekämpfen und gleichzeitig dafür sorgen, dass klimafreundliches Essen für alle möglich ist. Dafür müssen die Löhne und die Grundsicherung entsprechend hoch sein.
- Bodenschutz ist Klimaschutz! Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der drittgrößte CO₂-Speicher der Erde. Wir fordern eine Netto-Null-Versiegelung bis spätestens 2030.

Folgen des Klimawandels mitdenken

Auch wenn es gelingt, die Erderwärmung auf unter 2° C zu begrenzen, wird das veränderte Klima Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in Hessen haben und Anpassungen erforderlich machen. Statt Bürger*innen und Kommunen zu helfen, sich besser gegen Dürreperioden, Hitzewellen, Starkregen und Stürme zu schützen, rührt Schwarz-Grün vor allem die Werbetrommel für private Elementarschadenversicherungen. Wir fordern, dass der Bund die Kommunen bei der Bewältigung der Klimafolgenanpassung unterstützt und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellt. Zudem müssen auf Landesebene

- die Anpassungen an den Klimawandel im Klimaschutzgesetz verankert und
- die Kommunen bei der Erstellung von Risikomanagementplänen und dem Aufbau eines Unwetterfonds unterstützt werden.